Liestal, 26. September 2018

JA ZUR PRÄMIENVERBILLIGUNG

Mittwoch, 26. September, 10 Uhr
Liestal, Regierungsgebäude, Raum 210, 2. Stock

Es sprechen:

- **Adil Koller**, Präsident des Initiativkomitee, Landrat, Präsident SP BL
  Als überparteiliches Komitee gemeinsam für Entlastung für die tiefen Einkommen und den Mittelstand!

- **Erika Eichenberger**, Landrätin, Grüne Baselland
  Krankenkassenprämien sind eine Belastung – insbesondere für Familien mit erwachsenen Kindern

- **Daniel Kaderli**, Gemeinderat Biel-Benken, EVP
  Rückkehr zum eigentlichen Sinn der Prämienverbilligung

- **Remo Oser**, Gemeindepräsident Röschenz, CVP
  Diagnose Solidaritätsverlust durch Kurzsichtigkeit

- **Joseph Thali**, Vorstand Caritas beider Basel
  Krankenkassenprämien können heute ein Armutsrisiko sein

- **Florian Abt**, Sozialpädagoge, Mitglied AvenirSocial
  Prämienverbilligungen sind Teil der sozialen Gerechtigkeit

Als überparteiliches Komitee gemeinsam für Entlastung für die tiefen Einkommen und den Mittelstand!

***Adil Koller**, Präsident des Initiativkomitees, Landrat, Präsident SP BL*

Die Geschichte dieser Initiative würde jeden Präsidenten eines Initiativkomitees stolz machen: Zunächst konnten wir die Initiative in einer einzigen Woche sammeln und mit 5000 Unterschriften einreichen – der Support der Bevölkerung war überwältigend. Weiter wird sie von einem sehr breiten Initiativkomitee getragen. Es reicht von der SP über die Grünen, Mitglieder der EVP und CVP, AktivistInnen, Jungparteien, Gewerkschaften, Gemeindepolitikerinnen und -politikern, mit AvenirSocial auch in Fachkreise der Sozialarbeit, bis zu der Caritas beider Basel, die Armut bekämpft.

Die Initiative hat ein ganz simples Ziel: Sie will die Krankenkassen-Prämien für die tiefen Einkommen und den Mittelstand, besonders Familien, wieder zahlbar machen. Dass dies immer weniger der Fall ist, liegt auch an politischen Entscheiden.
„Immer mehr Menschen können sich die Krankenkassen-Prämien nicht bezahlen“, titelte kürzlich das SRF.[1] Wenn das passiert, müssen die Kantone für einen grossen Teil der Prämien aufkommen, es werden sogenannte Verlustscheine ausgestellt. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: 2013 musste der Kanton für 1.8 Millionen Franken ausstehende Prämien bezahlen, 2017 waren es 9.2 Millionen. Das ist eine Zunahme von 414 Prozent! Würde das Prämienverbilligungs-System im Baselbiet funktionieren, gäbe es weniger Verlustscheine. Das System wurde aber durch den Regierungsrat in den letzten Jahren verschlechtert.

„Die Kantone sparen beim Mittelstand“ (SRF): Zwischen 2012 und 2017 verlor im Baselbiet rund ein Fünftel der bisherigen BezügerInnen mit tiefem Einkommen oder aus dem Mittelstand den Anspruch auf Prämienverbilligungen vollständig.[2] Die Prämienbelastung ist schweizweit hoch, auch mit Prämienverbilligung. Das Baselbiet gehört in diesem Bereich aber zu den traurigen Spitzenreitern, nur in der Waadt, Basel-Stadt und Bern ist die Prämienbelastung im Durchschnitt höher. Basel-Stadt und Waadt haben nun Massnahmen beschlossen. In absoluten Zahlen hat der Kanton seinen Anteil an der Prämienverbilligung von 51.9 Millionen Franken (2010) auf 26.7 Millionen Franken (2017) reduziert, in den letzten sieben Jahren wurden also rund 25 Millionen Franken bei den tiefen Einkommen und dem Mittelstand gekürzt.

Der Bundesrat hat in den 1990er-Jahren bei der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung ein Sozialziel formuliert: Krankenkassenprämien sollen nicht mehr als 8% des steuerbaren Einkommens ausmachen. Dieses Ziel wird heute in den meisten Kantonen nicht erreicht, in unserem Kanton sind wir im Durchschnitt gar weit darüber, nämlich bei rund 15%. Viele Familien geben bis zu 20% des Einkommens für die Prämien aus. Hier braucht es dringend Entlastung. Im Vergleich zum eigentlichen Sozialziel des Bundesrates ist die Prämien-Initiative moderat. Der Kanton könnte mit der Initiative von den hinteren Plätzen ins Mittelfeld der Kantone aufschliessen und würde damit attraktiver für Familien.

Die Initiative wird zwei Haupteffekte haben: Zum einen gibt es eine Ausweitung der Entlastung auf den unteren Mittelstand. Zum anderen steigt die tatsächliche Prämienverbilligung für alle Bezügerinnen und Bezüger. Die Initiative „Ja zur Prämienverbilligung“ ist wichtig, weil sie eine dringend nötige Entlastung für tiefe Einkommen und den Mittelstand bringt. Sie macht das Baselbiet wieder attraktiver für Familien. Dass dieses Anliegen mehrheitsfähig ist, zeigt das breit abgestützte Initiativkomitee.

[1] https://www.srf.ch/news/schweiz/gekuerzte-praemienverbilligungen-immer-mehr-menschen-koennen-ihre-krankenkasse-nicht-bezahlen
[2] https://www.srf.ch/news/schweiz/weniger-praemienverbilligungen-kantone-sparen-beim-mittelstand

Krankenkassenprämien sind eine Belastung – insbesondere für Familien mit erwachsenen Kindern

Erika Eichenberger, *Landrätin Grüne Baselland*

Die Prämieninitiative bringt eine spürbare Entlastung für das Familienportemonnaie
Heute machen die Prämien der Krankenkasse bis zu 20% des Familienbudgets aus. Damit sind sie neben den Wohnkosten der grösste Auslagenposten für das Haushaltsbudget. Für die Mehrheit der Familien ist dies zu viel und für einige kaum mehr zu verkraften.

In Zukunft sollen die Prämien maximal 10% des Nettoeinkommens betragen.
Das schafft mehr Chancengleichheit, insbesondere für junge Erwachsene, die eine Ausbildung absolvieren und entlastet vor allem Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen. Gemeinden müssen weniger Sozialhilfebeiträge an Familien und Alleinerziehende ausschütten.

Junge Erwachsene in Ausbildung belasten das Familienbudget stark. Sie haben grössere Auslagen durch Studien- und Ausbildungsgebühren, Lehrmittel, Weg zur Ausbildung, WG-Zimmer und auswärtige Verpflegung.

Seit 2010 hat sich die Situation nochmals drastisch verschärft. Die Krankenkassenprämien für junge Erwachsene sind um rund 46% angestiegen, während gleichzeitig die Kantonsbeiträge für Prämienverbilligungen um fast 50% reduziert wurden. Bei zwei Kindern konnte das für eine Familie eine plötzliche Mehrbelastung von mehreren hundert Franken pro Monat ausmachen.

Derart hohe Auslagen führen dazu, dass viele Familien kaum noch wissen, wie sie die Ausbildung ihrer Jungen finanzieren sollen. Sie können die zusätzlichen Auslagen kaum mehr stemmen. Dies führt letztlich dazu, dass es für junge Menschen ein Privileg wird, sich voll auf die Ausbildung fokussieren zu können, ohne ihren Eltern stärker auf der Tasche zu liegen. Müssen sie die Prämien selbst bezahlen, ist die Chancengerechtigkeit arg bedroht. Dies ist unhaltbar.

Bei einem Fr.89’000 Netto-Jahreseinkommen erhält heute eine Familie mit zwei Kindern keine Prämienverbilligung mehr. Sie bezahlt somit pro Jahr für die Grundversicherung bei einer tiefen Franchise 12 x Fr.1’600 = Fr.19’200.
Das entspricht rund 20% des Jahreseinkommens für die Grundversicherung!

Mit der Prämieninitiative würde sich der Betrag halbieren. Statt der Fr.19’200 müsste die Familie noch 10% vom Nettoeinkommen bezahlen, also
Fr. 8’900 Die Prämieninitiative schafft hier eine spürbare Entlastung für das Familienbudget.

Rückkehr zum eigentlichen Sinn der Prämienverbilligung

Daniel Kaderli, *Gemeinderat Biel-Benken, EVP*

Ein JA zur Baselbieter Initiative, dass Prämien an die Krankenversicherung maximal ein Zehntel des massgebenden Einkommens erreichen dürfen, erzeugt auch Druck auf den Gesetzgeber, den Leistungskatalog der Grundversicherung besser mit den Zusatzversicherungen abzustimmen. Heute werden praktisch alle konsumierten medizinischen Leistungen aus der Grundversicherung bezahlt.

Ein JA zur Prämien-Initiative bedeutet, dass im Kanton wieder auf den eigentlichen Sinn der Prämienverbilligung zurückgekehrt wird. Familien des Mittelstands werden dadurch spürbar entlastet, wenn Prämien nicht mehr als 10% des Einkommens betragen.

Aus Sicht der Gemeinden werden die sozialen Ausgaben wieder dort getragen, wo sie entstehen: Geringverdienende erhalten wieder Vergünstigungen der Krankenkassenprämien und nicht mehr Sozialhilfe.

Diagnose Solidaritätsverlust durch Kurzsichtigkeit

Remo Oser, *Gemeindepräsident Röschenz, CVP*

Pro Jahr werden wir über 3 Monate älter. Von 1996 bis 2015 stieg die Lebenserwartung um 6 Jahre von 77 auf 83 Jahre[1]. Ein Grund zur Freude und Dankbarkeit. Durch den resultierenden Alterszuwachs stiegen die Gesamtkosten des Gesundheitswesens um gegen 23% von 9.7% auf 11.9% BIP-Anteile[2]. Angesichts der gewonnenen Lebensqualität ein Schnäppchen.

In derselben Zeitspanne stiegen jedoch die durchschnittlichen obligatorischen Krankenkassenprämien von monatlich CHF 119 auf über CHF 276, also eine Steigerung um über 132%! Offensichtlich können die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen den Prämienanstieg nicht erklären. Der Ansatz Kosten einzusparen ist gut gemeint, verkennt aber die Ursachen und wirkt bestenfalls in homöopathischen Dosen.

Der wahre Auslöser der Prämienexplosion heisst Kopfprämie: Vor der KVG Revision von 1996 wurden Krankenkassen mittels einkommensabhängiger Steuereinnahmen mitfinanziert. Heute zahlt ein Millionär gleichviel für die obligatorische Krankenversicherung wie eine Kassiererin. Die neoliberale von unten-nach-oben-Umverteilungs-Politik hat den Mittelstand über den Tisch gezogen. Aus dem solidarisch finanzierten Recht auf Gesundheitsversorgung wurde eine Ware mit Preis, für die jeder selbst aufkommen soll. Das tut vor allem den Familien und Versicherten mit tiefen Einkommen und stagnierenden Lohnentwicklung weh.

Die Prämien-Initiative setzt genau hier an, sie wirkt bei Versicherten mit tiefen Einkommen und erspart ihnen den demütigenden Gang aufs Sozialamt, indem sie sicherstellt, dass Krankenkassen-Prämien nicht mehr als 10% des Einkommens übersteigen. Sie dämpft und lindert die akutesten Beschwerden der KVG-Umverteilung. Aber auch das Gewerbe profitiert, denn die gewonnene Kaufkraft fliesst direkt beim lokalen Bäcker oder Metzger über den Ladentisch.

Die Prämien-Initiative entlastet aber auch die Gemeinden. Durch die 5. eidgenössische IV-Revision[3] wurde die Zahl der IV-Fälle in etwa halbiert. Die Bedürftigkeit bleibt, und so landen diese Menschen in der Gemeindefürsorge. Während die IV zur Hälfte durch die Arbeitgeber finanziert wird, werden diese zusätzlichen Sozialfälle vollumfänglich durch die Gemeinde bzw. deren Steuerzahler getragen. Dasselbe Bild bei der 4. ALV-Revision: Die Gemeinde trägt die Folgen, die Probleme wurden in die Fürsorge verschoben.

Besonders stossend kommt bei diesen zwei Beispielen hinzu, dass der Kanton bei steigenden Krankenkassenprämien die Richtprämien gesenkt hat. Die Gemeinde bezahlt die Differenz zwischen Richtprämie und effektiver bezahlter Prämie. 28 Millionen hat der Kanton damit auf Kosten der Gemeinden **schein**gespart.

Die Prämien-Initiative korrigiert diese Schieflage und erhöht die Richtprämie auf mindestens 80% der Durchschnittsprämie.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute Besserung!

[1] https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/geburten-todesfaelle/lebenserwartung.assetdetail.3222129.html

[2] https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/kosten-finanzierung.gnpdetail.2018-0216.html

[3] https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/gesetzgebung/abstimmungen/5-iv-revision.html

Krankenkassenprämien können heute ein Armutsrisiko sein

Joseph Thali, *Vorstand Caritas beider Basel*

Gesundheit zu haben und Gesundheit zu fördern bzw. zu ermöglichen ist multifaktoriell. Die Basis ist aber, wie in vielen anderen Politikfeldern die ökonomische Sicherstellung und Finanzierung der Prävention und medizinischen Versorgung.

Caritas Schweiz, zusammen mit den regionalen Caritasstellen in den Kantonen in allen Landesteilen, fordert seit 10 Jahren eine Halbierung der Armut. In einem soeben veröffentlichten Positionspapier „Die Schweiz braucht eine wirksame Armutspolitik“ wird festgestellt, dass die Armut zunimmt. Besonders angestiegen ist die Kinderarmut. Krankenkassenprämien für eine Familie mit Kindern ist heute ein Armutsrisiko.
Diese Entwicklung steht auch im Widerspruch zur Agenda 2030, zu der sich die Schweiz verpflichtet hat. Die Agenda fordert im dritten Ziel die Gewährleistung eines gesunden Lebens für alle Menschen.

Wir von der Caritas sind der Meinung, dass Armut und Gesundheit eng verknüpft sind und von daher ist es konsequent Prämien so zu gestalten, dass sie für Betroffen nicht zur Armut führen.

Der Bund hat an der kürzlich durchgeführten nationalen Armutskonferenz angekündigt, dass er diese Aufgabe, die er nur noch im geringen Masse unterstützen will (500'000 Franken), den Kantonen und Gemeinden übergeben will. Von daher befürworte ich als Vertreter der nationalen und regionalen Caritas die Prämienverbilligungsinitiative. Sie macht überdeutlich, dass Armut nicht einfach Sozialhilfe ist, sondern Verhinderung und Prävention bei jenen Bedingungen, die das Armutsrisiko befördern. Deshalb stimme ich Ja zur Prämienverbilligungsinitiative.

Prämienverbilligungen sind Teil der sozialen Gerechtigkeit

Florian Abt, *Sozialpädagoge und Mitglied AvenirSocial*

Mit dem Herbst stehen auch die neuen Krankenkassenprämien vor der Türe. In den nächsten Wochen werden in den Schweizer Haushalten die neuen Prämien für das nächste Jahr eintreffen. Dies wird manche Familie vor neue Herausforderungen stellen. Denn mit den Prämien steigt auch die finanzielle Belastung insbesondere bei tiefen und mittleren Einkommen. Um diese Belastung zu mindern gibt es Prämienverbilligungen. Diese stellen ein wichtiges Element im sozialen Sicherheitsnetz dar und sind somit ein Teil der sozialen Gerechtigkeit.

Prämienverbilligungen sind für Menschen, welche armutsbetroffen oder armutsgefährdet sind existenziell. Sie helfen Menschen, die sich bei einem vorübergehenden finanziellen Engpass nicht an die Sozialhilfe wenden zu überleben. Und auch bei Menschen mit mittleren Einkommen können Ereignisse wie Veränderungen bei den Arbeitsverhältnissen, gesundheitliche belastende oder familiäre belastende Situationen dazu führen, dass es zu existenziellen finanziellen Engpässen kommt.

Seit mehreren Jahren werden die Prämienverbilligungen angepasst und gekürzt. Gleichzeitig steigen die Krankenkassenprämien. Dadurch entsteht bei Menschen mit geringen Einkommen eine Verschuldungsspirale, da diese die Prämien nicht mehr selbst stemmen können, jedoch keine Prämienverbilligungen erhalten.

Die Konsequenz daraus ist, dass immer mehr Menschen Sozialhilfe beziehen müssen, da durch den Wegfall der Prämienverbilligungen die finanziell sowieso schon kritische Situation nicht mehr tragbar ist. Dies führt wiederum zu einem deutlichen Mehraufwand für den Kanton und kostet so am Schluss mehr wie die eingesparten Verbilligungen.

Als Sozialpädagoge und Mitglied von AvenirSocial dem Berufsverband für Soziale Arbeit, begegne ich in meinem Alltag immer wieder Familien und Menschen in Sozialen Problemlagen. In meinem direkten Berufsalltag, bei der Begleitung von kognitiv und verhaltensauffälligen Menschen habe ich mehr als einmal erlebt, das fehlende finanzielle Mittel auch durch hohe Prämienbelastungen zu einer Verschlimmerung der Gesamtsituation geführt haben. Insbesondere in der prägenden Zeit der Kindheit können fehlende Mittel grosse Folgen haben. Menschen mit einer Beeinträchtigung brauchen als Kinder mehr Zeit für die Entwicklung. Das Fehlen der Elternteile, da diese Arbeiten müssen aber auch der Verzicht von teuren aber sinnvollen Zusatzangeboten, die nicht von Versicherungen übernommen werden kann sich gravierend auf die Chancen dieser Menschen auswirken. Ich bin der Meinung das Menschen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung eine erschwerte Ausgangslage im Leben haben nicht auch noch durch finanzielle Sparübungen des Kantons beeinträchtigt werden müssen.

Es ist mir ein grosses Anliegen zu betonen, dass wir am 25. November über mehr als nur Prämienverbilligungen abstimmen. Wir stimmen darüber ab, ob wir Willens sind, Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen zu entlasten. Ob wir im Sinne einer nachhaltigen sozialen Gerechtigkeit den Kürzungen der Prämienverbilligungen Einhalt gewähren möchten und so langfristig negative Folgen für betroffene Menschen verhindern möchten.

Für mich kann es dafür nur eine Antwort geben. Ich werde am 25. November ein Ja zur Initiative «Ja zur Prämienverbilligung» einlegen. Ein Ja für ein nachhaltig soziales und gerechtes Baselbiet.